

nicht angebracht ist, weil Abänderungen nicht ausbleiben können. Wer aber ehrlich urteilt, der kann dem Bund daraus keinen Strich brechen. Der muß seine Bestrebungen im ganzen erfassen und darf das vorausgehende Wort nicht unterschlagen, das mit der „Vorbereitung“ unzertrennlich ist: „Wir lieben mit ganzer Seele unser Volk und Vaterland, denn jeder deutsche Mensch und jedes Körnchen deutscher Erde ist ein Stück deutscher Staat.“ Diese Liebe ist das erste, und aus dieser heiligen, Liebe entspringt der Haß, nicht gegen den Staat als solchen, sondern gegen das System, das ihn sichtbar zugrunde richtet. Dieses Gefühl herrscht in weiten Schichten des Volkes, nicht nur im Stahlhelm. Auch viele Beamte, die ihm nicht angehören und die dem Staat ergeben sind, teilen es in der Einsicht, daß es so nicht weitergeht. Sogar den unpolitisch denkenden Deutschen, die mit roten Stimmzetteln die Müller, Severing, Braun und Genossen zur Macht erhoben haben, graut es schon vor dem System, das der Stahlhelm bekämpft. Und zwar mit durchaus geschlichen Mitteln. Das ist in der gegenwärtigen Auseinandersetzung der springende Punkt. Niemand kann dem Stahlhelm Gewaltanwendung oder Putschabsichten nachweisen. Im Gegenteil, er hat sich mit dem verfassungsmäßigen Mittel des Volksbegehrens ans Werk gemacht, um das Ziel der Verfassungsänderung zu erreichen. Bisher wurde dieses löbliche Unterfangen von der Linken föhnlisch gelächelt, weil sie mit Recht darauf spekuliert, daß sich die Massen für staatspolitische Dinge nicht so leicht erwärmen lassen, wie für Geld- und Entregungsfragen. Wenn sie im alten Schlenker weitermacht, dann könnte es aber doch sein, daß das Volk unter dem Eindruck des Stahlhelm-Volksbegehrens nachdenkt über die Segnungen des parlamentarisch-demokratischen Regimes. Ob die heimliche Furcht vor dieser unermeldlichen Entwicklung nicht beitragen hat zu dem Vorstoß gegen den Stahlhelm? Oder ob es wirklich nur eine Nachprobe ist zur ungelegenen Zeit? Wie dem auch sei, wir hoffen unentwegt, daß es Hindenburgs ausgleichender Berechtigung gelingen wird, die Spaltung zu verhindern, die ihn nach dem Willen der Linken von denen trennen soll, die ihn als Reichsoberhaupt auf den Schild erhoben haben.

Wenn aber schon von „Haß gegen den Staat“ die Rede ist, dann sollten nach dem Gebot der Ehrlichkeit nicht gerade diejenigen als Ankläger auftreten, in deren Reihen sich solcher Haß als Vernichtungs- und Zerstörungswille gegen den gegenwärtigen Staat am mächtigsten breit macht. Wir meinen die Reiter im Stahlhelmschritt, die im Reich und in Preußen herrschende Sozialdemokratische Partei. Es sind ja in Wirklichkeit nur noch einige wenige Führer in ihr, die gerade an der Futterrippe sitzen, welche die deutsche Republik, in der wir leben, als „ihren“ Staat betrachten. Die Massen und der mit ihnen nur zu gerne trennende Parteiführer sind zur Vereinerlichung des Staates erlogen und rebellieren jetzt ganz offen. Sie verwerfen die heutige Staatsform als „kapitalistisch“ und kämpfen für die sozialistische Republik.

ein Schlagwort, das nur dürftig den Diktaturwille mit allem kommunikativen Drum und Dran verdrängt. Viele ausgesprochenen Haßes des Staates sind nicht, wie in der Debatte um den Wehrwörter der „Vorwärts“ meinte, eine geringfügige Minderheit, nicht vier oder sechs Abgeordnete des linken Flügels. Sie beschränken sich auch nicht auf das schändliche Treiben des Radikalismus, sondern in allen Teilen des Reiches, in Berlin und Thüringen, in West- und Norddeutschland haben die Massen der Partei ihren Willen, diesem Staate die Daseinsmöglichkeit zu verweigern, offen bekundet.

Erstgenannte, der kein Vaterland kennt, das Deutschland heißt, ist durch andere Bekenntnisse ebenso schoner Seele aus den letzten Tagen längst übertrumpft. Für das Ehrenritter-Parteilied zum Beispiel in Deutschland Feindesland. Kann man es vielleicht noch deutlicher zum Ausdruck bringen, wie tödlich man diesen Staat, den deutschen Staat, haßt? Und in Breslau erhielt der Reichstagspräsident Pöbe, als er sich jaghaft-beiseiden dafür einsetzte, daß man dem Staate die Lebens- und Verteidigungsfähigkeit gewähren solle, die klassische Antwort: „Eine Verpflichtung, das Vaterland zu schützen, erkennen wir nicht an; wir haben Pflichten nur einer Klasse, der Arbeiterklasse, gegenüber.“ Wer haßt da den Staat? Diejenigen, die ihn schützen wollen mit Blut und Leben, oder die anderen, die ihn überhaupt nicht kennen in der Stunde der Not? Hat doch sogar der „Vorwärts“ den Kampf gegen die Wehrmacht der Republik als Kampf gegen den Staat bezeichnet. Gleichwohl darf der Abgeordnete Pöbe unwiderprochen sagen, die Revolution sei das Lösungswort in der Stunde der Gefahr! Er ist Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, und diese mag noch so viel auf die endgültige Klärung durch den Parteitag vertrauen, sie ist und bleibt verantwortlich für die Politik, die ihre Mitglieder treiben. Was ist, wenn morgen oder in einer Woche die Stunde der Gefahr anbricht, von der Pöbe spricht? Er will die Revolution sofort, und er darf das laut hinausfahren, weil er links steht, nicht gerade so weit, daß er zu den Kommunisten zu zählen wäre, aber auch nicht rechts, wie der Stahlhelm. Mit ihm sitzen in einer Fraktion die Herren Müller, Severing, Dillenburg, Braun und Graefstaß, Reichs- und Preußenminister, die die Weimarer Verfassung beschworen haben, die er als Parteigenosse kürzen will. Sie sollen schützen, wo er mit einer immer zunehmenden Schar von Anhängern auf Zerstörung sinnt. Das ist mehr als Fahrlässigkeit, das läßt sich auch mit den Notwendigkeiten des parlamentarischen Systems nicht mehr begründen, das ist schon intellektuelle Unterhüngung des Umsturzes. Und das sind dieselben Leute, die den Stahlhelm wegen Staatsfeindschaft verfolgen, obwohl gerade er den Staat will, stark und aufricht, in seinem ganzen Handeln getrieben von der Liebe zum deutschen Staatsgedanken. Die Antwort fällt jetzt nicht mehr schwer auf die Frage: Wer haßt den Staat?

Zeppelin-Start endgültig 26. März

Berlin, 23. Febr. Wie der Luftschiffbau Zeppelin mitteilt, ist der Start des „Graf Zeppelin“ zu seinem Mittelmeerflug nunmehr endgültig auf den 26. März festgelegt worden. Sollte das Verbot des Überfliegens für irgendein Mittelmeerland bestehen bleiben, so wird dieser Start nicht berührt. Man hofft jedoch unzweifelhaft, daß auch die bisher umstrittenen Länder überflogen werden dürfen. Die voranschreitende Flugkredite in Frankreich (die Rhonemündung entlang), Norwegen, Italien (Rom), Griechenland, Kleinasien, dann die Küste Afrikas.

Zauwetter im Schwarzwald

Freiburg i. Br., 23. Febr. Während gestern gegen 8 Uhr morgens noch 7 Grad Kälte gemessen wurden, zeigte heute früh um die gleiche Zeit das Quecksilber 5 Grad über Null an. Auch vom Feldberg werden bereits 13 Grad Wärme gemeldet. Ebenso ist in den übrigen Höhenlagen des Schwarzwaldes eine Temperaturumkehr zu verzeichnen.

Der harte Frost der letzten Zeit hat in den Waldungen Oberbadens erheblichen Schaden angerichtet. Besonders die Eichenstämme zeigen große Prozele und sind dadurch zu Hunderten als Nubholz wertlos geworden. Die meisten Schulen, auch die ländlichen des Oberlandes, wurden wegen Koffenmangeles und zahlreicher Grippeerkrankungen geschlossen. Auch unter den Erwachsenen ist der Krankenzustand verhältnismäßig hoch, jedoch nimmt die Grippe nach den bisherigen Feststellungen keinen bösen Verlauf.

168 Schiffe bei Emmerich im Eise

Emmerich, 23. Febr. Augenblicklich liegen bei Emmerich 70 Schiffe auf offenem Strom, 70 Schiffe im Kanallichen und 28 Schiffe im holländischen Hafen von Eise eingeschlossen vor Anker. Ausgelastet dürften rund 45000 Tonnen Schiffraum in Röhren, Schleppern, Dampfbooten usw. verkehrt sein. In der Hauptsache handelt es sich um deutsch-holländische und französische Schiffe. Die Schiffe haben in der Hauptsache Erz, Kohlen und Hohezeugnisse geladen. Der Wert von Schiffen und Ladung geht in die Millionen. Nur einzelne Schiffe haben ihre Fracht, und zwar in der Hauptsache Rohöl, erogene, Sojabohnen usw. ausgeladen. Es handelt sich um Waren, die dringend benötigt und auf dem Eisenbahnwege weiter befördert werden.

Wasserrohrbruch im Rathaus von Erier

Erier, 23. Februar. Im Rathaus entstand gestern abend gegen 7 Uhr im ersten Stock ein Wasserrohrbruch. Zwei Stunden lang, bis die Feuerwehr auf dem Platze vor dem Rathaus das Hauptrohr verstopfen konnte, ergossen sich ungeheure Wassermengen in den Flur und auf die Treppe. Das Wasser sickerte auch durch die außerordentlich stark betonierte Treppendecke und durch die Mauer des Kassenraumes der städtischen Hauptkasse hindurch und richtete hier erheblichen Schaden an. Der Trepperraum und ein Teil der Schränke mußten geräumt werden.

Russische Eisbrecher an der deutschen Ostseeküste

Rowno, 23. Febr. Wie aus Rowno gemeldet wird, begehen sich am 23. Februar die russischen Eisbrecher „Jermak“ und „Trowar“ aus Leningrad vor deutschen Ostseeküste, um den im Eise festgefahrebenen Dampfern Diffe zu befreien. Die beiden Eisbrecher erhalten von den deutschen Reedereien eine monatliche Entschädigung von 50 000 RM.

Warum ist die Koalition gescheitert?

Der Streit um die Schuldfrage

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 23. Febr. Der Fraktionsführer der Deutschen Volkspartei im Preussischen Landtag, Abg. Stendel, hat gestern in einer Pressekonferenz Ausführungen gemacht, die jetzt die preussische Staatsregierung zum Anlaß nimmt, eine Darstellung zu veröffentlichen, die den Darlegungen des Abg. Stendel in wesentlichen Punkten widerspricht. Abg. Stendel hatte nach dem Bericht der offiziellen völksparteilichen Korrespondenz u. a. erklärt, daß der preussische Ministerpräsident in der letzten Unterredung, die er mit den völksparteilichen Unterhändlern führte, plötzlich mit dem Verlangen hervorgetreten sei, daß die Deutsche Volkspartei sich in bezug auf das Konordat binden müsse. Ministerpräsident Braun hatte zum Ausdruck gebracht, daß die völksparteilichen Minister sich auf eine Formel binden müßten, die von dem gegenwärtig amtierenden Preußenkabinett entworfen werde, womit er gesagt habe, daß die Deutsche Volkspartei sich auf einer Erklärung bereitfinden müsse, an deren Formulierung sie gar nicht beteiligt sei.

Diese Darstellung der Nationalliberalen Korrespondenz wird nun von zuständiger preussischer Regierungsseite als absolut unrichtig bezeichnet. Den Unterhändlern der Deutschen Volkspartei sei mindestens seit dem 1. Februar bekannt gewesen, daß eine Einigung hinsichtlich der Konfordatsfrage erforderlich sei, weil sonst keine Möglichkeit einer Koalitionseingehung bestehe. Am 1. Februar habe die erste Besprechung der für eine erweiterte Koalition in Preußen in Betracht kommenden Parteien stattgefunden. In dieser Besprechung habe der Führer der preussischen Zentrumspartei die Bedingung aufgestellt, daß einmal die Deutsche Volkspartei sich bereitkläre, sich für die Bildung einer stabilen Reichsregierung einzusetzen, daß zweitens ein Konordat zustande komme und daß drittens das Zentrum seine drei Ministerposten in Preußen behalte. Seit dieser Zeit hätte also die Deutsche Volkspartei die Bedingungen des Zentrums, unter denen dieses eine erweiterte Preußenkoalition mit-

machen wollte, gekannt. Im übrigen habe der preussische Ministerpräsident Braun in weiteren Besprechungen mit den Unterhändlern der Deutschen Volkspartei auch ausdrücklich erklärt, daß man die Konfordatsfrage nur dann lösen könne, wenn man in gemeinsamer Arbeit eine Einigung fände, die für das Zentrum und die Deutsche Volkspartei tragbar und akzeptabel sei. Daraus gehe hervor, daß der preussische Ministerpräsident Braun nicht daran gedacht hätte, der Volkspartei hinsichtlich der Konfordatsfrage ein Diktat zukommen zu lassen. Vielmehr hätte ja die Arbeit am Konordat vom Zentrum und der Deutschen Volkspartei sowie den übrigen Regierungsparteien erst gemeinsam aufgenommen werden sollen.

Die Aufzeichnungen der Frau Valentin

Auf der Suche nach den Denkschriftverfassern

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 23. Febr. Die „Rheinische Zeitung“ brachte Mitteilungen über eine angebliche Denunziation denationaler Abgeordneter gegen die Schriftstellerin Frau Valentin und Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in Sachen des Verrats der Gröner-Denkschrift. Gegenüber diesen Darstellungen des Blattes stellt nunmehr die denationalen Pressestelle folgendes fest: „Der Fraktionsleitung der denationalen Reichstagsfraktion wurden vor etwa zwei Wochen Aufzeichnungen übergeben, die die Schriftstellerin Valentin mit der Auslieferung der Gröner-Denkschrift an den Herausgeber der enationalen Zeitschrift „Review of Reviews“, William Steed, in Zusammenhang brachten. In diesen Aufzeichnungen wurde weiter behauptet, daß nach der Weitergabe der Denkschrift nach England eine

Besprechung Frau Valentins und einiger führender Mitglieder der sozialdemokratischen Parteivorstände stattgefunden habe, in der auch Frau Valentin sich zu dieser Tat bekannt habe. Die denationalen Fraktionsleitung war nicht befaßt, ihrerseits Untersuchungen über den Tatbestand vorzunehmen. Sie hat vielmehr in Ausführung einer selbstverständlichen staatsbürgerlichen Pflicht diese Aufzeichnungen der untersuchungsführenden Behörde ohne eigene Stellungnahme zugeleitet. Diese Vorgehensweise war um so selbstverständlicher, als der Verdacht, daß sozialdemokratische Kreise mit dem Verrat der Denkschrift zu tun haben, nach dem offenen Bekenntnis eines Teils dieser Partei zum Landesverrat durchaus begründet ist. Der denationalen Fraktion ist es bis heute nicht bekannt, welches Ergebnis die Erhebungen der Oberreichsanwaltschaft gehabt haben. Es ist also unzutreffend, daß eine Denunziation stattgefunden hätte, ebenso erdigen sich damit alle politischen Kombinationen, die in der Presse an diesen Vorgang geknüpft worden sind.“

Die Schriftstellerin Frau Antonia Valentin spielt in Berliner politischen Kreisen eine gewisse Rolle. Ihr werden die verschiedensten persönlichen politischen Verbindungen nachgesagt. Sie redigiert die Auslandskorrespondenz der Sozialdemokratischen Partei und hat eine Art von Sekretärinnenrolle bei der Interparlamentarischen Union. Interessant ist übrigens noch, daß die belagte Frau Antonia Valentin in der nächsten Woche mit einem französischen Passagier verheiratet wird, um dann gänzlich nach Frankreich überzusiedeln.

Wien läßt den Papst und die deutschen Bischöfe ein

Berlin, 23. Februar. Wie eine Wiener Korrespondenz meldet, trägt man sich in österreichischen katholischen Kreisen mit der Absicht, den Papst Pius XI. nach Wien einzuladen, und gleichzeitig dorthin alle österreichischen und reichsdeutschen Bischöfe, dazu die aus den Nachfolgestaaten zu berufen, um durch eine so große Zusammenkunft der Kirchenfürsten den katholischen Charakter Wiens zu dokumentieren. Man hofft, daß anlässlich der, wie behauptet wird, bereits beschlossenen Fahrt des Papstes zur Jahrtausendfeier der Stadt Spener im Jahre 1930 dieser Besuch Wiens durch den Papst möglich sein werde. Papstreisen ins Ausland waren übrigens auch in früheren Zeiten seltene Ereignisse. Der letzte Papstbesuch in Erier, das damals noch zum römischen Kaiserthum deutscher Nation gehörte, erfolgte unter Kaiser Joseph II. Ein Papst war zum letzten Male in Deutschland auf dem Konstanzer Konzil, das 1414 bis 1418 stattfand.

! Gegen Garfinkelsteil und Gämorrhoiden, Magen- und Darmstörungen, Leber- und Milanchenbildung, Rücken- und Kreuzschmerzen ist das natürliche „Frans-Josef“-Bitterwasser, täglich mehrmals genommen, ein herrliches Mittel. Herzliche Grüßen bei Erkrankungen der Unterleibsorgane haben festgestellt, daß das Frans-Josef-Wasser sicher lösend und immer gelinde abtötend wirkt. Es ist in Apoth. u. Droge erhältlich.

Vorsorge gegen Hochwassergefahr

Vorbereitungen im Reichsverkehrsministerium

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 23. Februar. Angesichts der vielfach drohenden Hochwassergefahr hat das Reichsverkehrsministerium, soweit es dazu in der Lage ist, bereits alle vorliegenden Maßnahmen getroffen. Das Verkehrsministerium steht von dem Tage ab, auf dem sich auf den Strömen Eis bildet, oder der Wasserstand eine Höhe erreicht, die ein gewisses Maß überschreitet, mit den Dienststellen im Lande in direkter Verbindung. Das Ministerium erhält täglich Berichte über den Stand der Dinge. Die Maßnahmen, die das Verkehrsministerium gegen eine Hochwassergefahr treffen kann, sind allerdings nur beratender organisatorischer Natur. So wird dafür gesorgt, daß eine ständige Verbindung mit dem Regierungspräsidenten der in Betracht kommenden Bezirke, den Leitungen der Deichverbände usw. besteht und daß

Eischollen an den Brückenstellern wird umgehend beseitigt. Mit Rücksicht auf das jetzt einsetzende Tauwetter ist der Hochwasseranlagensbereich bereits seit einigen Tagen in Aktion getreten. Mit Hilfe dieses Dienstes kann man genau voraussagen, wie hoch der Wasserstand zu einer bestimmten Zeit und in einem bestimmten Raumabschnitt sein wird, so daß die entsprechenden Schutzmaßnahmen rechtzeitig getroffen werden können.

Die Standgeldhöhung bei der Reichsbahn

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 23. Febr. Die für alle Reichsbahndirektionsbezirke angeordnete Standgeldhöhung für offene Wagen auf das achtsache der augenblicklichen Gehühren ist eine Maßnahme, die die Hauptverwaltung der Reichsbahn im Interesse einer Beschleunigung des Wagenslaufes getroffen hat. Die Reichsbahn hat zurzeit einen großen Bedarf an Waggons, weil durch die Stilllegung der Binnen-Schiffahrt zahlreiche Transporte, vor allem Kohlenfrachten, die sonst über den Wasserweg gehen, auf die Eisenbahn übernommen werden müssen. Während nun auf der einen Seite die Ueberbehände an offenen Wagen aufgebraucht sind, werden Wagen dieser Typs in großer Zahl in Berlin infolge der schlechten Eisbindung der ankommenden Kohlenfrachten festgehalten, so daß im Interesse der Allgemeinheit Abhilfe geschaffen werden mußte. Gleichzeitig ist angeordnet worden, daß dort, wo durch die Erhöhung des Standgeldes unnötige Warten erwachsen, im Erhaltungsweg Ausgleich geschaffen werden soll. Im übrigen sind die Reichsbahndirektionen angewiesen worden, im Bedarfsfall auch weiterhin an Sonntagen die Entladung eingehender Transporte zu ermöglichen und für die Sonntagsarbeiten im Kohlenrevier Waggons in ausreichender Zahl zu stellen.

das nötige Personal bereitgestellt ist. Die Referenten des Reichsverkehrsministeriums, die für die Behandlung der Hochwasserfragen maßgebend sind, haben auch dafür gesorgt, daß, soweit sich das machen läßt, gewisse Sprengstoffe vorhanden sind, um das Eis Sprengen zu können. Allerdings greift man zu diesem Mittel nur da, wo es ohne große Gefahr angewandt werden kann, denn nicht das Eis oder die Eisbindung an sich ist gefährlich, sondern erst die sogenannte Eiszerlegung, wenn sich die Schollen aufeinanderwärmen, wodurch bei eintretendem Tauwetter die Uferanlagen, sowie die in der Nähe des Ufers liegenden Ortsteile in die Gefahr der Ueberschwemmung gebracht werden. Da nun bei stärkerer Vereisung die Gefahr dieser Eiszerlegung besonders groß ist, greift man, wie gesagt, zu dem Mittel der Sprengung nicht gern. Die größte Gefahr droht nun ja vor allem den Brücken. Die Aufsichtung der